53. Jahrgang. № 164. Dienstag, 15. Juni 1909.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tags vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis vorher. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen an der Privatstelle 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Kampfteil und Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf privater Seite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 20 Pf. Auswärtige Anzeigen nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kosten 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Photographie in natürlichen Farben.** Photogr. Ausstellung: Industrie-Halle, I. Etage. Lumière-Autochromplatten 4 Stück 9×12 Mark 3,25, 4 „ 13×18 „ 6,50. **Carl Plaul,** Königl. u. Prinzl. Hofl., Wallstr. 25.

**Raucht** PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an. **Egyptian Cigarette Company** Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a. M. Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

K. S. Hoflieferant **B. A. Müller** Prager Str. 32|34. Sport- und Spielwarenhaus. **Lawn Tennis-Ausstellung.** Grösste Auswahl **Rollschuhe** Paar von 5 Mk. an.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot-** und **Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Warm, veränderlich.

**Der König** nahm gestern in Zittau mit dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Christian und dem Prinzen Ludwig von Bayern an der Zweihundertjahrfeier des 102. Inf.-Regts. teil.

**Hermann Goldstein,** der einzige sozialdemokratische Abgeordnete des sächsischen Landtages, ist gestern in Dresden gestorben.

**Dem Reichstage** sind die **Ersatzsteuerentwürfe zur Reichsfinanzreform** zugegangen; die halbamtliche Mitteilung ihres wesentlichen Inhalts schließt in der Erwartung, daß es nunmehr gelingen wird, zwischen Reichstag und Bundesrat eine Uebereinstimmung zu erzielen.

Nach der „Lib. Korr." mehren sich die Anzeichen, daß Fürst Bülow nach etwaiger Ablehnung der Erbanfallsteuer durch die neue Mehrheit die endgültige Regelung der **Finanzreform bis zum Herbst vertagen** werde.

Auf der Münchner Tagung der **Deutschen Zeitungsverleger** und des **Journalisten-Verbandes** einigte man sich über die Einleitung einer Regelung der Frage der Fürsorge für Alter und Invalidität und für die Witwen und Waisen der Redakteure und Angestellten der Zeitungsverleger.

Die 4. Etappe der **Prinz Heinrich-Fahrt** begann gestern früh 9 Uhr am Budapester Tattersal.

**Die Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg** beginnt am 5. Juli.

Nach einer Meldung des „Temps" soll England während der **Casablanca-Affäre** Frankreich 5 Divisionen zur Verfügung gestellt haben.

## Die allbritische Pressekonferenz.

Aus allen Ländern des britischen Weltreiches waren sie herbeigeeilt, um in London an der Reichspressekonferenz teilzunehmen; so verschieden in ihrer Rasse, Nationalität und Gesinnung, und doch fest zu einer kompakten Masse verbunden durch die einigende Kraft des britischen Weltreichgedankens. Es macht dem soliden Gefüge des britischen Imperiums alle Ehre, daß die Pressevertreter, die in der vergangenen Woche in London tagten, trotz aller Differenzen in einzelnen Punkten im wesentlichen geschlossen eintraten für eine möglichst enge Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande und sich zu allen Opfern für die Reichsverteidigung bereit erklärten. Allerdings wurde ihnen hart zugesetzt und die Lage Englands inmitten des waffenstarrenden Europa dermaßen grau in grau geschildert, daß sie das Gruseln wohl oder übel lernen mußten. Staatsmänner konservativer und liberaler Färbung, Admirale und hohe Militärs der Landarmee wetteiferten miteinander, den Teilnehmern der Pressekonferenz zu beweisen, daß England den letzten Mann und Schilling einsetzen müsse, um seine gefährdete Vormachtstellung zur See zu behaupten, und daß es heute mehr wie je auf die moralische und materielle Unterstützung seiner Kolonien angewiesen sei. Die Schwarzmalerei wurde teilweise so stark betrieben, daß sie eines komischen Beigeschmacks nicht entbehrte und einen der kolonialen Pressedelegierten zu der ironischen Bitte an die englischen Wirte in London veranlaßte, „ihnen nur dann Schrecken einzujagen, wenn sie es für unbedingt nötig hielten" . . . Nun, man hat es für nötig befunden, den Kriegsteufel an die Wand zu malen und dabei mit geballter Faust auf Deutschland hinzuweisen, wie alle Berichte über die Konferenz zeigen.

Weshalb? Das ist eine Frage, die nicht ganz leicht zu beantworten ist, weil verschiedene Momente dabei hineinspielen. Das Scheitern der gegen uns gerichteten Einkreisungspolitik, die bevorstehende Monarchenbegegnung in den finnischen Schären und gewisse andere Symptome in der internationalen Politik haben in London wieder die übliche Nervosität hervorgerufen, die sich gewohnheitsmäßig in **Verdächtigungen gegen Deutschland** Luft macht. Dazu kommt ein anderes. Die Pressekonferenz in London war ja nur die Generalprobe für die britische Reichsmarinekonferenz, die im Juli zusammentritt und über wichtige Fragen der Reichsverteidigung beraten soll. Nachdem ihre Vorgängerinnen von 1897 und 1902 trotz aller Agitation der englischen Imperialisten resultatlos verlaufen sind, weil die Vertreter der Kolonien ihre eigenen Ansichten über die beste Organisation der Reichsverteidigung zur See hatten, galt es diesmal, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um schon auf dem Pressekongreß die Vertreter der Kolonialpresse für die imperialistischen Ideen zu gewinnen. Keiner weiß so gut, wie die Staatsmänner in London, welch eine Macht die Presse ist, und man kann es verstehen, wenn sie alles aufgeboten haben, um die Journalisten des Weltreiches für ihre Pläne einzufangen. Mögen die maßgebenden englischen Politiker noch so verschiedener Meinung über Fragen der inneren Politik sein, in einem sind sie solidarisch: sie verfolgen, gleichviel ob liberal oder konservativ, konsequent das Ziel, Kolonien und Heimatland zu einer festen wirtschaftlichen und militärischen Einheit zusammenzuschweißen. Die Konservativen predigen hauptsächlich den Zusammenschluß durch einen allumfassenden Zollverein, während die freihändlerischen Liberalen für ein gemeinsames Heer und eine gemeinsame Flotte plädieren, um auf diese Weise die Reichseinheit zu fördern. Ob die imperialistische Propaganda auf die Pressevertreter der Kolonien nachhaltigen Eindruck gemacht hat, kann erst die Zukunft lehren, aber schon heute darf nicht verkannt werden, daß auf dem Londoner allbritischen Pressekongreß eine schlimme Saat ausgestreut worden ist, indem die Teilnehmer in skrupellosester Weise in den Gedankengang hineingehetzt worden sind, als ob Deutschland nur auf den gegebenen Moment lauere, um über England herzufallen.

Solchem Treiben gegenüber ist es nicht leicht, kalt Blut zu bewahren. Aber wir geben der an anderer Stelle des Blattes bereits mitgeteilten offiziösen Auslassung in der „Köln. Ztg." recht, wenn sie mahnt, sich trotz allem nicht in den Harnisch bringen zu lassen, sondern abzuwarten, ob nicht den Engländern die bessere Einsicht zurückkehre. Wir müssen gestehen: allzu leicht wird uns der Glaube an diese Zukunftsmöglichkeit nicht. Schlimm schon, daß Männer in verantwortlichen Stellen derartige Alarm- und Hetzreden gegen Deutschland loslassen; bedenklicher aber noch, daß von all den englischen Bankettrednern, die bei uns Gastfreundschaft genossen haben und einen tiefen Blick in die friedliche deutsche Volksseele tun konnten, keiner aufgestanden ist, um den infamen Verdächtigungen gegen uns Deutsche auf dem Londoner Pressekongreß mit flammender Entrüstung entgegenzutreten. Hier wäre Gelegenheit gewesen, den wirklichen Nutzen der deutsch-englischen Besuche und Gegenbesuche mit der Tat zu erweisen. Nichts von alledem ist geschehen; sie haben sich in Schweigen gehüllt, wo sie hätten ein mannhaftes Zeugnis ablegen sollen. Man wird also gut tun, all den deutsch-englischen Verbrüderungsfesten noch skeptischer als bisher gegenüberzutreten; mit tönenden Worten ist den deutsch-englischen Beziehungen wahrlich nicht gedient. Vielleicht wäre diesem und jenem doch ein Licht aufgegangen, wenn einige von den **englischen Deutschlandfahrern** vor der Reichspressekonferenz auf Grund eigener Erfahrungen das tendenziös falsche Bild korrigiert hätten, das man von der Stimmung des deutschen Volkes und der deutschen Politik gegen England entworfen hat. Aber es scheint, als ob selbst ruhig und besonnen urteilenden Engländern die Vorstellung eines kommenden Krieges mit Deutschland etwas Selbstverständliches geworden ist. Man regt sich jenseits des Kanals heutzutage nicht mehr so sehr über die „deutsche Gefahr" auf wirtschaftlichem Gebiete auf, denn die Verständigen hüben und drüben wissen schon längst daß Raum genug für beide die Erde hat. Wohl aber will man sich mit Gewalt nicht nur die auch von uns bereitwilligst anerkannte Vorherrschaft auf dem Meere, sondern die **Alleinherrschaft** dort sichern; maßt sich das Recht an, unter Ausschluß der anderen Völker die unumschränkte „Seepolizei" auszuüben. Daher kommt es, daß jetzt die Rüstungsfrage in England über alle anderen Fragen geht, und daß man die Kolonien veranlassen möchte, dem Mutterlande Schiffe in der Nordsee gegen Deutschland zur Verfügung zu stellen. Ob das gelingen wird, ist eine andere Frage, trotz der Hetzreden auf dem Pressekongreß. Auf dem praktischen Gebiet gehen eben die Ansichten der Admiralität und der kolonialen Regierungen weit auseinander. Die kolonialen Regierungen mögen im Augenblick einer Panik, wie jetzt, dem Reiche einen „Dreadnought" stiften oder wenigstens versprechen, ihr wirkliches Ziel bleibt aber die Schöpfung selbständiger kolonialer Geschwader, bestehend aus Kreuzern und Torpedobooten. Solche subsidiäre koloniale Flotten hält die Admiralität in London für praktisch (d. h. für den voraussichtlichen Kampf gegen Deutschland in der Nordsee!) wertlos; wenn die Kolonien wirklich etwas für die Reichsverteidigung tun wollen, sollten sie einen angemessenen Teil der Kosten der Reichsmarine auf ihre Schultern nehmen. In diesem Sinne wird man auch wieder auf der nahe bevorstehenden Reichsmarine-Konferenz in London Propaganda zu machen suchen.

Wenn die Pressevertreter der Kolonien helle, nüchterne Augen hätten, würden sie beim Anblick der stolzen englischen Armada, die ihnen in Spithead in Parade vorgeführt wurde, den ganzen Nonsens der Jeremiaden erkannt haben, mit denen sie während der Londoner Verhandlungen förmlich überschüttet worden sind. Sie würden erkennen, daß Deutschland gegenüber der imposanten englischen Seemacht nie auf den geradezu verrückten Gedanken kommen kann, den Angreifer spielen zu wollen. Wohl aber würden sie einsehen, daß das eigene Mutterland nicht ganz reinliche Absichten gegen Deutschland hat, sondern sich auf einen entscheidenden Schlag gegen den Rivalen systematisch vorbereitet und dazu auch die Kolonien mißbrauchen will. Unter den Lehren, die uns Deutschen der allbritische Pressekongreß gegeben hat, steht nicht zuletzt ein Artikel des Pariser „Temps", der bei Besprechung der Londoner Verhandlungen nachdrücklich die Mahnung zur Vergrößerung der englischen Armee wiederholt, die englisch-französische Entente deutlich als Allianz bezeichnet hat, was sie nach sonst verbreiteter Auffassung keineswegs ist, und ferner die überraschende Indiskretion enthält, daß die englische Regierung während der Casablanca-Affäre der französischen ankündigte, sie habe **fünf britische Divisionen zur Entsendung nach Frankreich bestimmt.** Wir enthalten uns dieser erstaunlichen Nachricht gegenüber vorläufig jeden Kommentars, gestatten uns aber, folgende Auslassung des englischen „Manchester Guardian" dazu im Wortlaut anzuführen: „Es ist unerträglich, daß eine solche Lebensfrage im Dunkel bleiben soll, und wir können aufhören, uns ein sich selbst regierendes Volk zu nennen, wenn wir unserer Regierung erlauben, uns im geheimen so **furchtbare und weitreichende Verpflichtungen** aufzuerlegen. Sollte die Antwort Ja! lauten, so ist das englische Volk gröblich betrogen worden. Vieles, das in der Politik der letzten Jahre die Liberalen bloß als verkehrt und unheilvoll in Verwunderung gesetzt hat, würde dann verständlich werden. Wir würden dann diesen **fanatischen Appell an die Kolonien** begreifen. Herrn Haldanes Visionen einer Reichsarmee von einer Million Männer und unsere Untertänigkeit gegen Rußland in Persien wären erklärt. Sollte dies die Antwort sein, so würde die Unruhe über Deutschland eine innere Frage von erster Größe werden." Wir haben dem nichts hinzuzufügen. . . .

## Zur Reichsfinanzreform.

### Die Ersatzsteuerentwürfe.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Dem **Reichstag** sind die Ersatzsteuerentwürfe zur Reichsfinanzreform **zugegangen.** Ihr wesentlicher Inhalt wird halbamtlich mitgeteilt. Es heißt da im Eingang: Die verbündeten Regierungen haben sich im Interesse einer schleunigen Erledigung der Reichsfinanzreform entschlossen, noch bevor der Reichstag über die ihm am 3. November vorigen Jahres unterbreiteten Gesetzesvorschläge endgültigen Beschluß gefaßt hat eine Reihe von Ersatzsteuern an Stelle derjenigen vorzuschlagen, die nach den bisherigen Verhandlungen Aussicht auf Annahme zurzeit nicht haben. Die neuen Gesetzentwürfe betreffend Aenderung des Erbschaftssteuer-, des Reichsstempel- und des Wechselstempelgesetzes.

Die Vorlage betreffs **Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes** enthält unter **Verzicht auf die Nachlaßsteuer eine Erweiterung der bestehenden Erbanfallsteuer** auf das Erbe von Deszendenten und Ehegatten in unbeerbter Ehe. Die durch das Aufgeben der Nachlaßsteuer entstehenden Ausfälle, sowie der Fortfall der Einnahmen aus dem Wehrsteuerzuschlag und dem Erbrecht des Staates machen weitere Abgaben vom Besitz notwendig. Läßt sich durch eine allgemeine Besitzsteuer, so wird in der offiziösen Mitteilung ausgeführt, der Betrag von 100 Millionen Mark nicht erreichen, so erübrigt nur, den Vermögensbesitz in seinen einzelnen Erscheinungsformen im direkten Anschluß an verschiedene wirtschaftliche Vorgänge, die ihn im Verkehr in Erscheinung treten lassen, steuerlich zu erfassen, und zwar den Besitz an Immobilien und Mobilien durch eine Stempelabgabe auf Feuerversicherungsquittungen, den reinen Kapitalbesitz durch eine Erhöhung des Effektenstempels.

Für die Inseraten- und Elektrizitätssteuer, die zurzeit keine Aussicht auf Annahme haben, soll Deckung geschaffen werden durch Verkehrssteuern, und zwar durch eine **Stempelabgabe beim Eigentumswechsel von Grundstücken,** durch eine Erhöhung des Wechselstempels und durch **Einführung eines Scheckstempels.** Bei der Erbanfallsteuer wird bei der Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes der **Mobiliarbesitz,** soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, aus der Besteuerung völlig ausgeschieden. Das bedeutet zwar einen nicht ganz unwesentlichen Einnahmeausfall, doch soll dieses Opfer gebracht werden, in der Erwartung, daß dadurch der Steuer das Gehässige genommen werde, was sie für weite Kreise noch gehabt haben mag. Ein weiteres, sehr erhebliches Entgegenkommen gegen vielfach geäußerte Wünsche bedeutet die **Freilassung des Gattenerbes in beerbter Ehe.** Damit entkräftet der neue Entwurf den Einwand, daß die Steuer in dem Falle unbillig sei, wo die Ehefrau dasjenige, was der Mann hinterlassen hat, mit erwerben und mit erhalten half. Weiter soll die Steuer dann nicht erhoben